



Niederschrift

13. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. Juli 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 19 der Tagesordnung: Katastrophenschutzbedarfsplan für die Stadt Karlsruhe Vorlage: 2025/0534

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst nach Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen und im Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat erachtet die Notwendigkeit des erarbeiteten Katastrophenschutzbedarfsplans und stimmt diesem grundsätzlich zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, für die Sofortmaßnahmen (M1 bis M7) ein Umsetzungsszenario für 2026/27 zur erarbeiten. Zudem soll die Stadtverwaltung bis zur Haushaltsberatung zum DHH 2026/2027 die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der Sofortmaßnahmen mit einem Gegenfinanzierungsvorschlag für die Veränderungsliste konkretisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (43 Ja)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen am 10. Juli 2025 sowie im Haupt- und Finanzausschuss am 15. Juli 2025.

Bürgermeisterin Lisbach: Noch so ein Thema, das uns umfassend beschäftigt, eine der großen Zukunftsherausforderungen. Ich denke, die Krisen der letzten Jahre, die haben noch einmal verstärkt in den Fokus gerückt, wie wichtig der Katastrophenschutz ist. Die Pandemie, die Folgen des Klimawandels, Kriege und Konflikte weltweit und auch in Europa, die Häufung von Cyberattacken, all das zeigt, dass wir doch noch einmal gezielter uns auf Krisen und Katastrophen vorbereiten müssen. Hier sind auch wieder Bund und Land sehr stark gefragt, aber auch wir als kommunale Ebene müssen in irgendeiner Form damit umgehen und uns vorbereiten.

Mit dem Katastrophenschutzbedarfsplan, den wir Ihnen heute vorlegen, sind wir einen großen Schritt vorangegangen. Der Plan ist unter Federführung der Branddirektion entstanden, als untere Katastrophenschutzbehörde, auch mit externer Expertise, die hier stark unterstützt hat. Auch waren zahlreiche Ämter, Dienststellen und externe Institutionen eingebunden. Es gab viele Workshops, da wurden Szenarien herausgearbeitet oder bearbeitet, beispielsweise Hochwasser, Stromausfall, eine Cyberattacke. Das wurde sehr intensiv durchgespielt, und dann wurden Themen, die in verschiedenen Szenarien sich widerspiegeln und für solche Krisenkatastrophenfälle auch typisch sind, beispielsweise medizinische Versorgung von einer großen Masse von Menschen oder auch die Unterbringung von sehr vielen Menschen in kurzer Zeit, das sind dann Themen, die noch einmal extra vertieft wurden.

Dieser Bedarfsplan ist jetzt ein sehr umfassendes Werk. Das ergibt sich auch schon aus der Vorlage. Der enthält zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung der Krisenfähigkeit bei uns in der Stadt. Die Branddirektion hat diese Bedarfe gruppiert und sehr stark priorisiert, auch mit einer Zeitschiene nach oben versehen. Auch hier wird die Herausforderung sein, bei der aktuellen Haushaltslage, das dann auch Schritt für Schritt umzusetzen. Wir haben Ihnen zugesagt, und so steht es auch in der Vorlage und ist auch Teil des Beschlusses, für Sofortmaßnahmen bis zu den Haushaltsberatungen dieses Jahres eine Kostenschätzung zu erstellen, nur für die Sofortmaßnahmen, aber immerhin ist das ein erster wichtiger Schritt. Und wir würden Ihnen dann über die Veränderungsliste einen Vorschlag für die Umsetzung dieser ersten Maßnahmen machen.

Auch hier danke ich allen Beteiligten, die an diesem umfassenden Werk mitgewirkt haben. Ich muss sagen, ich habe auch von der Branddirektion mitbekommen, dass sich doch alle sehr interessiert, sehr konstruktiv und engagiert eingebracht haben. Das Thema, denke ich, ist allen wirklich wichtig. Das war insofern ein sehr konstruktiver Prozess. Ich danke auch insbesondere an Herrn Geldner und seinem Team bei der Branddirektion, die die Federführung hatten. Ich bitte heute um Ihre Zustimmung, auch zu dem skizzierten Vorgehen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich kann mich diesem Dank nur anschließen im Namen meiner Fraktion. Bei allen hier im Raum möchte ich mich herzlich bedanken, bei allen, die mitgewirkt haben, dass wir nun endlich diesen Katastrophenschutzbedarfsplan für die Stadt Karlsruhe vorliegen haben. Besonderen Dank der Branddirektion, Ihnen Herr Geldner als Chef der unteren Katastrophenschutzbehörde, danke aber auch den beteiligten städtischen Ämtern und Gesellschaften, weil wir finden in der Vorlage auf Seite 3 und 4 die ganze Liste. Die zieht sich über eine Seite, wer da alles dabei war, also zahlreiche städtische Ämter und Gesellschaften, Hilfsorganisationen, aber auch Unternehmen und nicht zuletzt Danke den vielen Ehrenamtlichen, die zum Bevölkerungsschutz auch hier in Karlsruhe beitragen. Sie alle haben in zahlreichen Workshops, Gesprächen und Planungen diesen Plan erstellt. Mit sieben ausgewählten Szenarien haben Sie einen konkreten Maßnahmenkatalog samt Priorisierung erarbeitet.

Wir GRÜNE stimmen dieser Beschlussvorlage heute zu, denn, und das haben Sie, Frau Bürgermeisterin, eben auch schon ausgeführt, die Klimakrise, die Naturkatastrophen und neue sicherheitspolitische Risiken sind Realitäten, denen wir uns verantwortungsvoll stellen müssen. Der Plan reagiert aber nicht nur auf die Krisen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stärken auch unsere Resilienz, und damit machen wir unsere Stadt krisenfester.

Stadtrat Schütz (CDU): Auch unser schönes Karlsruhe können Krisen und Katastrophen jederzeit treffen. Die Konsequenzen sollten wir ernst nehmen, denn sie werden verheerend. Und sie werden umso schlimmer, wenn wir uns darauf nicht vorbereiten. Deshalb gilt auch unser Dank den beteiligten Institutionen hier in der Stadt, aber auch außerhalb, für diese äußerst sinnvolle Vorbereitung. Im Alltag hat die Stadtverwaltung häufig langwierige Umlauf- und Beteiligungsverfahren. Bei Katastrophen müssen wir jedoch die Fähigkeit haben, in den Notfallmodus umzuschalten.

Deshalb begrüßen wir, dass diese Fähigkeiten in den kommenden Jahren vertieft werden sollen. Aber uns wird aus der Vorlage auch klar, dass die Verwaltung, jeder Anstrengung zum Trotz, alleine keine Krise bewältigen wird. Immanenter Baustein von Katastrophenhilfe sind die zahlreichen Ehrenamtlichen in Feuerwehren, Rettungsdiensten und THW. Während beim Gedanken an Krieg und Krisen oft das eigene Wohl an erster Stelle steht, erklären sie sich dazu bereit, für andere einzustehen. Deshalb wollen wir von der CDU-Fraktion ihnen für diesen Dienst an der Gemeinschaft unseren Dank aussprechen.

Zur ernüchternden Wahrheit gehört in meinen Augen aber auch, dass wir an den Grundlagen arbeiten und der Ernstfall von Katastrophen und Angriffen noch lange nicht optimal vorbereitet ist. Die verwaltungsseitigen Anstrengungen sind dabei auch natürlich nur ein Teil der Medaille. Abseits dieser staatlichen Vorsorge sollten wir uns an den Ehrenamtlern ein Vorbild nehmen. Sie nehmen Krisenvorsorge in einer zielgerichteten Form in die eigene Hand, ein Umstand, den wir in Teilen unserer Gesellschaft leider oft vermissen. Deshalb auch hier unser gesellschaftlicher Appell, wir müssen als Bürgerinnen und Bürger diese Gefahren ernst nehmen und selbst aktiv werden. Wir begrüßen deshalb die sinnvollen Maßnahmen auch zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, wie etwa einen Katastrophenschutztag an Schulen. Die CDU-Fraktion begrüßt den Katastrophenschutzbedarfsplan ausdrücklich als eine wichtige Grundlage für ein resilientes Gemeinwesen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Es ist schon vieles gesagt worden, besonders von meinem Vordränger Herrn Schütz. Auch die SPD-Fraktion bedankt sich für die Erstellung des ersten Karlsruher Katastrophenschutzbedarfsplans. Dass er überfällig war oder ist, das liegt auf der Hand. Wir erleben es tagtäglich. Wir haben es vor ein paar Tagen wieder erlebt, durch einen offensichtlich durch ein Unwetter entgleisten Zug hier in Baden-Württemberg. Also es kann tagtäglich eine Katastrophe ausbrechen, vor der wir nicht gefeit sind, und deshalb ist es umso wichtiger, dass man weiß, wo was getan werden muss. Mir gibt es ein gutes Gefühl zu wissen, dass wir einen Katastrophenschutzplan haben, und mir gibt es ein noch besseres Gefühl zu wissen, dass er unter der Federführung der Feuerwehr Hohenwettersbach und ihres Chefs Herrn Geldner entstanden ist.

Ich hätte mir aber gewünscht, und es ist eine Anregung, dass bei der Beteiligung zur Erstellung dieses Bedarfsplans, wo viele Ämter und viele Institutionen beteiligt waren, unter Umständen es vielleicht noch möglich ist, die Ortsverwaltungen mit einzubeziehen. Ich habe es erst vor ein paar Wochen gesehen, dass schon Teile des Plans bei uns umgesetzt wurden. Die Feuerwehr hat ein Notstromaggregat bekommen, und wir haben auch das Notstromaggregat in der Lustgartenhalle für die gesamten Bergdörfer installiert bekommen. Es ist schon wichtig, keiner weiß vor Ort besser, wo die Maßnahmen greifen, als die Ortsverwaltungen oder die Vor-Ort-Ansässigen. Das wäre noch ein Wunsch.

Ansonsten wird dieser Katastrophenbedarfsplan natürlich viel Geld kosten. Das ist klar. Auch die Maßnahmen M1 bis M7, die vorgeschlagen sind, da muss ordentlich Geld in die Hand genommen werden und später bei den weiterfolgenden Maßnahmen natürlich auch. Aber da besteht wohl in diesem Haus kein Zweifel, dass das eine Notwendigkeit ist, für die wir ohne mit den Wimpern zu zucken das Geld investieren müssen.

Was ich noch anregen wollte, das war auch das, was Herr Schütz schon gesagt hat. Ich stelle immer wieder fest, ich war auch bei verschiedenen Veranstaltungen der Stadt Karlsruhe, nicht nur zum Hitzeaktionsplan, sondern auch zur Starkregenvorsorge. Wenn ich mich dann mit Leuten unterhalte oder mit der Bevölkerung, die denken immer, das ist alles Sache der Stadt, das muss die Stadt machen. Aber nein, jeder muss auch Selbstvorsorge tragen, wenn ein Starkregenfall eintritt. Und das hatten wir. Ich bin vor zwei Tagen die Tiefentalstraße hochgefahren. Da kam mir ein Schwall entgegen. Gott sei Dank ist es dann irgendwo bei Durlach versickert. Aber es ist so, dass jeder irgendwas auch in seinem privaten Haushalt beitragen muss und dass nicht alles auf die öffentliche Hand abgewälzt oder der öffentlichen Hand übertragen werden muss. Unterm Strich, um das jetzt zu beenden, wir stimmen dem Plan zu, danke schön und vielen Dank an alle Beteiligten.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Auch meine Fraktion wird diesem Katastrophenschutzbedarfsplan zustimmen. Hier sieht man es wieder, wenn man die Vorlage liest, dann ist es klar, wir sind gegen andere Städte personell noch nicht so ausgestattet, wie wir es eigentlich bräuchten. Das wird meine Fraktion Ihnen jetzt auch sagen, die wichtigste Sache, wer mit dem Ahrtal zu tun hatte, ich habe einen guten Freund im Ahrtal, der kann Ihnen nur sagen, das Zusammenspiel, was hier der Kollege und die Kollegin gerade gesagt haben, zwischen zivil und der Blaulichtorganisationen ist sehr wichtig. Ohne THW, ohne Feuerwehr, ohne die Bundeswehr wäre vieles noch schlimmer geworden. Meine Fraktion wünscht sich, dass dieser Bedarfsplan nicht in irgendeiner Weise für unsere Stadt einmal problematisch wird, dass es auf uns zurollt, dass wir dann auch gut aufgestellt sind und dass das Zusammenspiel zwischen den Organisationen so läuft, dass wir als Stadt Karlsruhe uns nichts nachsagen lassen müssen, dass wir nicht gut aufgestellt gewesen wären.

Deshalb, wir stimmen heute diesem Plan natürlich gerne zu. Frau Bürgermeisterin, Sie haben auch unsere Unterstützung dafür. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wir können schon herauslesen, was das auch bedeutet, aber da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Stadtrat Haug (KAL): 134 Maßnahmen identifiziert der nun vorliegende Katastrophenschutzbedarfsplan. Damit liegt ein Überblick vor, welche Ressourcen wir benötigen, um Menschen zu schützen, Schäden zu minimieren und die Sicherheit in unserer Stadt zu gewährleisten. Wir haben einen dringenden Handlungsbedarf, um zu vermeiden, dass wichtige Maßnahmen verzögert werden oder unzureichend sind. Dies hätte im Notfall schwerwiegende Folgen. Dennoch können wir nicht alle Maßnahmen direkt durchführen. Mit Blick auf die personellen Ressourcen wurden die Maßnahmen in drei Prioritätsstufen eingeteilt. Als Sofortmaßnahmen wurden beispielsweise die Einsetzung eines zu jeder Zeit handlungsfähigen Verwaltungsstabes, die Planung von Notfalltreffpunkten oder die Koordination der Notfallkonzepte identifiziert. Dringende Maßnahmen sind unter anderem der Aufbau eines Katastrophenschutzlagers, die Umsetzung des eben beschlossenen Hitzeaktionsplanes und des Starkregen-Risikomanagements. Eine wichtige Rolle, wurde jetzt schon mehrfach gesagt, spielt die Sensibilisierung der Bevölkerung über Erfordernis und Notwendigkeit für Eigenvorsorge und Selbsthilfe. Das halten wir auch für sehr zentral.

Dies alles erfordert den Aufbau von weiteren Personalstellen, die wir im Hinblick auf die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger*innen, sei es bei Naturkatastrophen, Unfällen oder anderen Notfällen nicht ernsthaft infrage stellen können. Die gegenläufigen Erfordernisse der Haushaltsstabilisierung machen daraus eine große Herausforderung. Ärgerlich ist, dass auch hier mal wieder keine hinreichende Finanzierung durch Bund und Land gewährleistet wird. Mit dem Katastrophenschutzbedarfsplan sind wir besser vorbereitet, können Ressourcen gezielt einsetzen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten koordinieren. Insgesamt trägt er dazu bei, unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber Katastrophen zu machen und im Notfall schnell Hilfe leisten zu können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist Einstimmigkeit.

Das ist, glaube ich, noch einmal eine schöne Bestätigung für die Arbeit des Kommandanten von Hohenwetttersbach, den ich bisher immer als Chef der Branddirektion vermutet habe, aber wir haben auch alle verschiedene Hüte auf. Vielleicht ist mir das einfach bisher entgangen. Jedenfalls vielen Dank an Sie, Herr Geldner, aber geben Sie es vor allem an Herrn Dr. Pulm weiter, der hier wirklich in großartiger Weise das zusammengebracht hat, und ein Dank an alle Beteiligten. Wenn es im Katastrophenfall so gut klappt, dass alle zusammenarbeiten, dann ist mir nicht bange, wie das jetzt bei der Erstellung der Vorlage und des Katastrophenschutzbedarfsplans geklappt hat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
19. August 2025